

aktuelle

frankreich

analysen

Nr. 4 · Oktober 1996

**Privatisierungspolitik
in Frankreich**

Eine Zwischenbilanz

von Henrik Uterwedde

Frankreichs Wirtschaft
im Wandel

Nationalisierungen und
Privatisierungen 1944–1996

Administrierte Privatisierung
à la française

Perspektiven der Privatisierung

Die neuen Konturen des
»Kapitalismus à la française«

Privatisierungspolitik in Frankreich

Eine Zwischenbilanz

Frankreichs Wirtschaft im Wandel

Wenn in den kommenden Monaten die fünftgrößte französische Depositenbank CIC,¹ der Elektronikkonzern Thomson oder die fünftgrößte Versicherungsgruppe GAN privatisiert werden und France Télécom sich für privates Kapital öffnet, dann erscheint dies nahezu als Routinevorgang. Denn seit nunmehr zehn Jahren wird der vormals umfangreiche staatliche Wirtschaftssektor Frankreichs zielstrebig und schrittweise in private Hände übergeben. Was 1986 noch Gegenstand heftiger politischer und ideologischer Auseinandersetzungen war, wird heute leidenschaftslos, fast geschäftsmäßig abgewickelt.

Damit nimmt Frankreich auch Abschied von einem Wirtschaftsmodell staatlich gelenkter Wirtschaftsmodernisierung, in dem nationalisierte Unternehmen seit 1945 einen zentralen Stellenwert einnahmen. Der vielfältige Einfluß des Zentralstaates wird seit Mitte der achtziger Jahre in vielen Bereichen zurückgeschraubt; die Wirtschaftspolitik orientiert sich heute stärker denn je an einem marktwirtschaftlichen Leitbild.

Aber dieser Wandel verläuft nicht ohne Widersprüche und Konflikte. Zum einen ist die durch vielfältige staatliche Einflußstrategien gekennzeichnete Privatisierungspolitik à la française in ihren

Ergebnissen durchaus ambivalent. Zum zweiten sind zahlreiche Anstoßeffekte und Folgewirkungen auf andere Bereiche des Wirtschaftslebens zu verzeichnen. Längst ist klargeworden, daß die Privatisierung nur der Beginn einer weitergehenden Umgestaltung ist, die von Staat, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen hohe Anpassungsleistungen und neue Verhaltensweisen erfordert. Der gegenwärtige Privatisierungsprozeß kann deshalb als paradigmatisch für den schwierigen, widersprüchlichen, aber auch unumkehrbaren Wandel der französischen Wirtschaft betrachtet werden.

¹ Vgl. das Abkürzungsverzeichnis auf Seite 11.

Die Privatisierungspolitik be-
trifft einen öffentlichen Sektor, der
zu Beginn der achtziger Jahre einen der
umfangreichsten in Westeuropa darstell-
te. Nationalisierte Unternehmen spiel-
ten nach 1944 eine zentrale Rolle als In-
strument staatlicher Wirtschafts- und
Strukturpolitik und waren - ähnlich wie
die *Planification* oder später die indu-
striell-technologischen Großprojekte -
maßgeblich an der staatsgeleiteten Mo-
dernisierungspolitik nach 1945 betei-
ligt.

► Die *erste Nationalisierungswelle* er-
folgte unmittelbar nach dem Zweiten
Weltkrieg in den Jahren 1944-46.² Sie
umfaßte vor allem den Banken- und Ver-
sicherungssektor sowie die Infrastruk-
turbereiche Verkehr und Energieversor-
gung, aber nur vereinzelte Industriefir-
men (s. Tab. 1). Die nationalisierten Un-
ternehmen wurden zu entscheidenden
Instrumenten der umfassenden staatli-
chen Modernisierungspolitik der ersten
Nachkriegsjahrzente, mit deren Hilfe
Frankreich seinen damaligen ökonomi-
schen Entwicklungsrückstand aufholen
und den endgültigen Sprung in die mo-
derne Industriegesellschaft vollziehen
konnte. Diese aktive Instrumentalisie-
rung vieler öffentlicher Unternehmen
für staatliche Struktur- und Entwick-
lungsziele war ein herausragendes
Kennzeichen des staatsinterventionisti-
schen »französischen Modells« nach
1945. Firmen wie der Energiekonzern
EDF-GDF, die Bahngesellschaft SNCF, der
Automobilhersteller Renault, später
auch die aus der Postverwaltung hervor-
gegangene France-Télécom, gelten noch
heute als Symbole einer relativ erfolgrei-
chen, nachhaltigen Modernisierung des
Landes.

► Die *zweite Nationalisierungswelle*
wurde von der sozialistisch-kommunisti-
schen Regierung Mitterrands nach dem
Machtwechsel von 1981 durchgesetzt.

Nationalisierungen und Privatisierungen 1944-1996

Sie umfaßte neben den wenigen noch
verbliebenen Privatbanken und den bei-
den Finanzholdings Paribas und Suez die
größten Industriegruppen Frankreichs.
Damit war ein umfangreicher verstaat-
lichter Sektor mit hohem volkswirt-
schaftlichem Gewicht entstanden.³ Ne-
ben ideologischen, kapitalismuskriti-
schen Motiven - die allerdings zuneh-
mend in den Hintergrund traten - waren
vor allem industriepolitische Überlegun-
gen ausschlaggebend: Der nationalisier-
te Sektor sollte »Speerspitze der Indu-
striepolitik« sein, mit deren Hilfe man
die seit der Weltwirtschaftskrise von
1974 gebeutelte, in schweren Struk-
turanpassungskrisen befindliche franzö-
sische Industrie wieder stärken wollte.
Diese »voluntaristische Illusion«⁴ zer-
platzte allerdings schon nach kurzer
Zeit.

► Die *erste Privatisierungswelle* erfolgte
nach dem Regierungswechsel von
1986 durch die Regierung Chirac. Bis
Anfang 1988 wurden 14 Unternehmens-
gruppen mit insgesamt 1 100 ange-
schlossenen Unternehmen und 500 000
Beschäftigten in privates Eigentum über-
führt (s. Tabelle 2); der Gesamterlös lag
bei 71 Mrd. Francs.

► Nach dem erneuten Machtwechsel
zugunsten der Linken 1988 verfügte Prä-
sident Mitterrand eine Politik des status
quo, unter deren Decke aber zahlreiche
weitere *Teilprivatisierungen durch Ka-
pitalöffnung* vollzogen wurden, die sich
im Hinblick auf den entstehenden EU-
Binnenmarkt als unumgänglich erwie-
sen.

² Zuvor hatte es vereinzelte
Nationalisierungen gegeben,
so im Bankensektor (Crédit
national 1919, Crédit agricole
1920, Banque française du
commerce extérieur 1920),
Verkehrssektor (Gründung
der Fluggesellschaft Air France
1935) oder in der Rüstungs-
wirtschaft (Verstaatlichung
von 39 Rüstungsbetrieben
1936, darunter Schneider, Hot-
chkiss, Renault-Panzerwerke).

³ Nach den Nationalisierun-
gen 1981 umfaßte er 16% der
Beschäftigten, 28% der Wert-
schöpfung und 36% der Inve-
stitionen der französischen
Wirtschaft; vgl. Haut conseil
du secteur public: Rapport
1984, Vol. 2, S. 490.

⁴ So der Industrieexperte Elie
Cohen, der im übrigen eine
differenzierte Bewertung der
Nationalisierungen und Priv-
atisierungen vornimmt; vgl. La
tentation hexagonale, Paris:
Fayard 1996, S. 224 ff.

⁵ France Télécom stand nicht auf der Liste des Privatisierungsprogramms von 1993.

⁶ Giat-Industrie, Société nationale des poudres et explosifs, DGL.

⁷ Energieversorgung: EDF, GDF, Charbonnages de France; Verkehr: SNCF, RATP; die Post und France Télécom.

► Die zweite Privatisierungswelle setzte nach der Rückkehr der bürgerlichen Parteien an die Macht 1993 ein und dauerte gegenwärtig an. Das neue Privatisierungsgesetz vom 19.7.93 erweiterte den Umfang der Privatisierungen gegenüber der 1986 begonnenen Politik. Insgesamt wurden 21 Unternehmensgruppen mit

1 645 Unternehmen und 644 000 Beschäftigten auf die Liste der Privatisierungskandidaten gesetzt. Das ist faktisch der gesamte bisher verstaatlichte Industrie-, Banken- und Versicherungssektor mit wenigen Ausnahmen im Rüstungsbereich und im Flugzeugbau.

Tabelle 1: Nationalisierungen und Privatisierungen ausgewählter Unternehmen 1945-1996

Nationalisierung vor 1945	Nationalisierung 1945-70	Nationalisierung 1981/82	Privatisierung 1986-96
Banken	Banque de France 1945 Crédit Lyonnais 1945 Société générale 1945 BNP 1945 ¹	CCF Paribas Suez	Crédit Lyonnais 1997* Société générale 1987 BNP 1993 CCF 1987 Paribas 1987 Suez 1987
Versicherungen	AGF 1946 GAN 1946 UAP 1946		AGF 1996 GAN 1997* UAP 1994
Transport, Kommunikation	RATP 1945 SNCF 1945 Air France 1945/48		Air France 1997*
Energie	EDF 1946 GDF 1946 CEA 1946 Charbonnages de France 1946	Usinor-Sacilor (1978/81)	Usinor-Sacilor 1995
Industrie	Elf-Aquitaine 1936 Aérospatiale 1941 Renault 1945 SNECMA 1946 CII (1966) SNIAS (1970)	Bull Pechiney Thomson CGE 1987 Dassault (teilw.) Matra Rhône-Poulenc Saint-Gobain	Elf-Aquitaine 1994 Aérospatiale 1997* Renault 1994/96** SNECMA 1996* Bull 1995** Pechiney 1995 Thomson 1996* CGE/Alcatel-Alsthom Matra 1988 Rhône-Poulenc 1993 Saint-Gobain 1986

¹ Die BNP entstand 1966 aus dem Zusammenschluß der 1945 nationalisierten Banken Banque nationale du commerce et de l'industrie und Comptoir national d'escompte.
* Privatisierung beschlossen, aber noch nicht ausgeführt (Stand: Oktober 1996)
** Teilprivatisierung

Dieses Privatisierungsprogramm wird seither kontinuierlich umgesetzt. Von 1993 bis Ende 1995 wechselten 726 Unternehmen mit ca. 280 000 Beschäftigten in den Privatsektor; insgesamt wurden damit knapp 110 Mrd. Francs Erlöst (vgl. Tabelle 2). War das Jahr 1995 vor allem wegen des schwierigen Verkaufs von Pechiney nur durch geringe Fortschritte gekennzeichnet, so wurde das Programm 1996 mit dem Verkauf der BFCE an den Crédit national und der erfolgreichen Börseneinführung des Versicherungskonzerns AGF beschleunigt. Für Ende 1996 stehen die Banken CIC, Banque Herve et SMC sowie der Thomson-Konzern zum Verkauf. Privatisierungskandidaten für 1997 sind unter anderem der Versicherungskonzern GAN, das Computerunternehmen Bull und der Flugzeugmotorenhersteller Snecma; außerdem soll France Télécom für privates Kapital geöffnet werden.⁵

Damit wird der Privatisierungsprozeß nach seinem Abschluß nicht nur die Verstaatlichungen der Linksregierungen rückgängig gemacht haben, sondern auch große Teile der 1944-46 erfolgten Nationalisierungen. Im Bereich des öffentlichen Sektors verbleiben vorerst einige Rüstungsbetriebe⁶ sowie klassische Monopolbetriebe im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, wobei die gegenwärtige europäische Deregulierung und Öffnung für den Wettbewerb in den netzwerkgebundenen öffentlichen Dienstleistungen⁷ auch hier weitere Privatisierungsüberlegungen nach sich ziehen wird.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Die Privatisierungspolitik bedeutet zwar das Ende des Staates als Aktionär, aber nicht ohne weiteres den Verzicht des Staates auf unternehmens- und industriepolitische Einflußnahme. Dafür sorgt die mit den Privatisierungsgesetzen von 1986 und 1993 gewählte Privatisierungsmethode, die der Regierung erhebliche Einflußmöglichkeiten in Bezug auf den Zuschnitt, die künftige Kapitalstruktur und die strategischen Allianzen der privatisierten Unternehmensgruppen sichert.

Die administrierte Privatisierung à la française erfolgte in der Regel in mehreren Tranchen:

- ▶ Bis zu 10% der zum Verkauf anstehenden Aktien eines Unternehmens wurden der Belegschaft zu Vorzugsbedingungen angeboten.
- ▶ Der größte Teil wurde auf dem Weg des öffentlichen Verkaufsangebots (*offre publique de vente*, OPV) an private Anleger auf den Markt gebracht. Ein weiterer Teil wurde institutionellen Anlegern im In- und Ausland vorbehalten.
- ▶ Vor allem aber - und hier liegt die Originalität der Privatisierungen à la française - wurde ein Teil (etwa 20-30% des künftigen Gesellschaftskapitals) an eine Gruppe von Referenzaktionären, zumeist Banken- und Versicherungsgruppen, veräußert. Diese stabile Aktionärsgruppe (*groupe d'actionnaires stables*) zahlte einen leichten Aufpreis von 3% auf den öffentlichen Ausgabekurs, verpflichtete sich, ihre Anteile für einen längeren Zeitraum in dem betreffenden Unternehmen zu belassen, und sicherte sich dafür einen entscheidenden Einfluß in den Aufsichtsgremien des privatisierten Unternehmens.

Mit dieser Methode wurde bezweckt, die Kapitalstruktur der privatisierten

Administrierte Privatisierung à la française

Unternehmen zu stabilisieren und diese vor unfreundlichen Übernahmen (OPA, *offre publique d'achat*) zu schützen. Vor allem sollte damit verhindert werden, daß die Firmen unter ausländischen Kapitaleinfluß geraten.

Die Technik der »stabilen Aktionärsgruppen« war aber gleichzeitig auch ein Instrument gezielter staatlicher Steuerung. Die Regierung hat in der Regel noch vor der Privatisierung politisch nahestehende Unternehmenschefs ernannt, um dann mit diesen zusammen die Auswahl der stabilen Aktionärskerne vorzunehmen. Die letzte Entscheidung lag im wesentlichen beim Finanzminister bzw. beim Premierminister, obwohl die Regierung formal an die Empfehlungen einer aus sieben unabhängigen Mitgliedern bestehenden Privatisierungskommission gebunden ist. Insbesondere der 1986-88 für die Privatisierungen zuständige Finanzminister und spätere Premierminister (1993-95) Edouard Balladur hat von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht und sich damit den Vorwurf politischer Begünstigung eingehandelt. Im Bemühen um mehr Transparenz sind daraufhin 1993 die Kontrollrechte der Privatisierungskommission gestärkt worden.

Die Privatisierungsgesetze geben der Regierung weiterhin die Möglichkeit, mit Hilfe einer »spezifischen Aktie« nach Muster des *golden share* ihren Einfluß auf die Geschäftspolitik vor allem von Unternehmen in »strategischen« Sektoren (z.B. der Rüstungsindustrie) geltend zu machen. Die damit verbundenen - 1986 noch auf fünf Jahre begrenzten, seit 1993 aber zeitlich unbefristeten -

Rechte umfassen die Mitgliedschaft im Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat ohne Stimmrecht, ein Vorbehaltsrecht gegenüber bestimmten fremden Beteiligungen am jeweiligen Unternehmen sowie ein Vetorecht gegenüber Verkaufsabsichten aus Gründen des nationalen Interesses.

In die gleiche Richtung zielen Bestimmungen, die ausländische Beteiligungen begrenzen bzw. kontrollieren sollen. Das Privatisierungsgesetz beschränkt den Anteil ausländischer Anleger auf 20% - eine Vorschrift, die allerdings nur beim erstmaligen Verkauf und nicht für EU-Anleger gilt. Bei Unternehmen im Gesundheits-, Sicherheits- und Verteidigungssektor hat die Regierung schließlich das Recht, Beteiligungen ausländischer Anleger von über 5% zu verweigern.

Tabelle 2: Privatisierungen 1986-1996

Datum	Unternehmen	Branche	Nat. seit	Erlös Mrd F	Ausg.-Kurs
Nov. 1986	Saint-Gobain	Baustoffe	1982	8,6	310
Jan. 1987	Paribas	Holding	1982	13,2	405
Jan. 1987	Sogenal	Bank	1982	0,9	125
Apr. 1987	CCF	Bank	1982	4,1	107
Apr. 1987	BIMP	Bank	1982	0,3	140
Apr. 1987	Comp. du BTP	Bank	1982	0,3	130
Apr. 1987	CGCT	Telefonbau	1982	0,5	- ⁶
Mai 1987	Havas	Medien	1945	2,6	500
Mai 1987	CGE	Telekomm./ Elektr.	1982	11,5	290
Juli 1987	TF1	Medien	1974	3,2	165
Juli 1987	Société générale	Bank	1946	16,0	407
Okt. 1987	Suez	Holding	1982	16,0	317
Jan. 1988	Matra	Rüstung	1982	0,9	110
Juni 1992	Total ¹	Öl, Chemie	1982	9,0	303
Juni 1993	Crédit Local de France ²	Bank	1966/87	3,9	386
Okt. 1993	BNP	Bank	1946	28,0	240
Dez. 1993	Rhône-Poulenc	Chemie	1982	13,6	135
Jan. 1994	Elf-Aquitaine	Öl, Chemie	1936	33,7	385
Apr. 1994	UAP	Versich.	1946	18,7	152
Nov. 1994	Renault ³	Automobil	1946	8,0	165
Jan. 1995	SEITA	Tabak	1959	5,5 ⁵	129
Juli 1995	Usinor-Sacilor	Stahl	1981	10,6	86
Sept 1995	Bull ⁴	Computer	1982	-	- ⁶
Nov. 1995	Pechiney	NE-Metalle	1982	3,8	187
Feb. 1996	BFCE	Bank	1920	3,3	- ⁶
Mai 1996	AGF	Versich.	1946	9,2	128
Juli 1996	Renault ³	Automobil	1946	2,0	139

Anmerkungen:

¹ Total: Teilprivatisierung

² CLF: erste Teilprivatisierung 1991, 2. Teilprivatisierung 1993 (öff. Anteil sinkt auf 20%)

³ Renault: erste Teilprivatisierung 1994 (Verkauf von 29% staatl. Anteilen; staatl. Anteil sinkt auf 54%), zweite Teilprivatisierung 1996 (Verkauf von 8%; staatl. Anteil sinkt auf 46%).

⁴ Bull: Teilprivatisierung (staatl. Anteil von 79,5% auf 36,4%).

⁵ Schätzung

⁶ Außerbörslicher Verkauf

Quelle: eigene Zusammenstellung

Perspektiven der Privatisierung

Die weiteren Aussichten für die Privatisierungspolitik sind problematischer, als die bisherigen Erfolge es vermuten lassen. Die attraktivsten Unternehmen sind verkauft; die verbliebenen Firmen haben durchweg mit zum Teil schweren Problemen zu kämpfen: die Mehrzahl von ihnen schrieb Anfang 1996 rote Zahlen. Zudem haben die unbefriedigenden Kursentwicklungen der seit 1993 verkauften Unternehmen potentielle Investoren nicht gerade ermuntert. Denn die zum Verkauf stehenden französischen Unternehmen befinden sich durchaus in Konkurrenz mit anderen Privatisierungskandidaten in Europa. Angesichts des geringen Volumens des Kapitalmarktes in Paris ist die Privatisierungspolitik aber auf internationale Anleger angewiesen.

Schließlich stehen einige geplante Privatisierungen in engem Zusammenhang mit notwendigen Restrukturierungen und Neuordnungen der jeweiligen Sektoren.

► Im *Versicherungssektor* steht mit der GAN die fünftgrößte französische Versicherungsgruppe zum Verkauf, der aber wohl nicht vor Mitte 1997 erfolgen dürfte. Nach Verlusten in den Jahren 1994 und 1995 und einem Rückgang der Eigenmittel soll in diesem Jahr die Gewinnzone erreicht werden. Dabei erfolgt eine Konzentration auf das Versicherungsgeschäft; unrentable Bereiche, vor allem das hochdefizitäre Immobiliengeschäft der Filiale UIC, werden ebenso abgestoßen wie der Rückversicherungsbereich. Um die Eigenkapitalchwäche zu beheben, soll die zur GAN-

Gruppe gehörende Bank CIC veräußert werden. An der - für die Versicherungsgruppe lebenswichtigen - Allianz mit dem CIC wird allerdings festgehalten.⁸

► Der *Bankensektor* zählt mit dem skandal- und krisengeschüttelten Crédit Lyonnais (zweitgrößte französische Bank) und dem auf mittelständische Unternehmen spezialisierten CIC (fünftgrößte Universalbank Frankreichs) zwei Schwergewichte, die in den Privatsektor wechseln sollen. Die zum Verkauf stehenden Institute sind durchaus symptomatisch für den problematischen Zustand der ganzen Branche, in der nach jahrelangem Immobilismus durchgreifende Veränderungen auf der Tagesordnung stehen.

Die Gesundung des Crédit Lyonnais ist weiterhin nicht in Sicht. Eine waghalsige Geschäftspolitik Ende der achtziger Jahre und das Versagen der staatlichen Aufsicht hatten das Institut an den Rande des Ruins getrieben. Nach massiven Verlusten und mehrfachen Sanierungsversuchen mußte im Oktober 1996 ein erneuter Sanierungsplan aufgelegt werden.⁹ Die EU-Auflagen¹⁰ und eine Klage des Konkurrenten Société générale vor dem EuGH machen die Suche nach Lösungen nicht einfacher. Der neue Plan befreit die Bank von ihren Altlasten und faulen Krediten (diese werden von einer Auffangstruktur, dem Consortium de réalisation, übernommen), so daß der Crédit Lyonnais wieder Aussichten auf profitables Arbeiten hat. Finanzminister Arthuis schließt trotz aller Probleme eine schnelle Privatisierungslösung nicht

⁸ GAN und CIC haben eine lukrative gemeinsame Lebensversicherungs-Filiale (Socapi). Im Sommer hat der CIC außerdem einen Exklusivvertrag mit dem GAN zur Vermarktung seiner Versicherungsprodukte geschlossen.

⁹ Die Gesamtkosten für den Steuerzahler belaufen sich bereits heute auf rund 100 Mrd. Francs.

¹⁰ Die EU-Kommission verlangt für ihre Zustimmung zu den staatlichen Zuschüssen u.a. eine substantielle Reduzierung der ausländischen Beteiligungen des Crédit Lyonnais.

¹¹ Eine Übernahme durch die Caisses d'épargne hätte deren privilegierten Unternehmensstatus thematisiert, der von den übrigen Banken seit langem kritisiert wird.

aus; dabei ist auch eine europäische Lösung im Gespräch.

Die Regionalbank SMC kann als Musterbeispiel einer unrentablen, dem klientelistischen Klima Marseilles verhafteten Bank mit desaströser Geschäftspolitik gelten. Insgesamt 3 Mrd. Francs hat der Staat seit 1993 für Sanierung und Rekapitalisierungen aufgewendet. Dies und die Stärkung attraktiver Geschäftsmöglichkeiten soll die (im Prinzip wohl vorhandene) Bereitschaft in- und ausländischer Institute zur Übernahme erhöhen, die im kommenden Jahr erfolgen könnten.

Weniger Probleme ergeben sich beim außerbörslichen Verkauf der noch zum öffentlichen Versicherungskonzern GAN zählenden Bankengruppe CIC. Deren gut ausgebautes Netz im Bereich der Mittelstandskredite hat eine Reihe von Instituten im In- und Ausland interessiert. Mit der Auswahl des Übernahmekandidaten wird de facto auch eine entscheidende Weichenstellung für die Neuordnung der französischen Banklandschaft vorgenommen. Nach dem Verzicht der Sparkassengruppe¹¹ bleiben im Oktober 1996 die Angebote der BNP und der Société générale. Eines dieser beiden Institute wird nach dem Kauf des CIC zur zweitgrößten französischen Bankengruppe aufsteigen.

Tabelle 3:
Privatisierungskandidaten

	Nat. seit	Umsatz 1995 (Mrd.FF)	Nettoergebnis 1995 (Mrd.FF)	Beschäftigte 1995
Banken				
Crédit Lyonnais	1946	43,4	0,01	73 590
Banque Hervet	1982	1,0*	0,06	**
SMC		1,2	-0,8	2 123
CIC	1982	16,6	0,6	4 150
Versicherungen				
GAN	1946	51,9	-1,8	13 841
CCR	1946	3,6*	0,3*	131
CNP	1898	84,3	1,5	**
Energie				
Framatome	1984	17,90	0,7	18 000
Industrie				
Thomson	1982	71,8	-1,4	96 000
Renault ¹	1945	184,1	2,1	139 900
Aérospatiale	1941	49,2	-1,0	38 700
Snecma	1945	8,6	1,2	11 000
Bull ¹	1982	26,7	0,3	27 000
Transport				
Air France	1945	52,9*	2,8	36 500
CGM	1942	3,9*	-0,5	2 150
Kommunikation/Medien				
SFP	1974	0,8	-0,3	1 050
France Télécom ²	1942	147,8	9,2	167 000
Anmerkungen:				
¹ Teilprivatisierung				
² Teilprivatisierung (nicht im Privatisierungsgesetz)				
* 1994				

Quelle: eigene Zusammenstellung

► In der *Rüstungs-* sowie der *Luft- und Raumfahrtindustrie* stehen ebenfalls Neustrukturierungen in Zusammenhang mit den geplanten Privatisierungen an. Es zeichnet sich die Bildung eines Elektronik-Pols (Thomson, Matra, Alcatel) sowie eines Luft- und Raumfahrt-Pols ab (Aérospatiale, Dassault); Verteidigungsminister Millon strebt darüber hinaus einen Nuklearpol (mit den drei staatlichen Unternehmen SEP, SNPE und CEA-DAM) sowie einen »Maschinen«-Pol im Panzer- und Schiffbau an (Giat, DCN, RVI, Panhard).

In der Luft- und Raumfahrtindustrie hat die Regierung Dassault-Aviation unter Ausübung starken Drucks zu einem Zusammenschluß mit der noch staatlichen Aérospatiale veranlaßt, der 1997 erfolgen soll. Damit wird ein schon seit Jahren als überfällig angesehener, von Konkurrenten in Europa bereits realisierter Schritt zur Bildung größerer Einheiten vollzogen. Die neue Gruppe wird mit ca. 60 Mrd. Francs Umsatz die zweitgrößte in Europa und weltweit die viertstärkste sein. Zunächst sollen Forschungs- und Einkaufsaktivitäten zusammengelegt werden; spätere Perspekti-

ven sind der Ausbau der Allianz mit europäischen Partnern bzw. die Annäherung an den französischen Militärelektronik-Pol um Thomson-CSF.

Die Privatisierung der Thomson-Gruppe ist im August 1996 offiziell gestartet worden. Sie wird außerbörslich vorgenommen werden, wobei sich die Regie-

rung zwischen den Übernahmeangeboten von Matra und Alcatel entscheiden muß. Begehrte sind vor allem Thomson-CSF (Militärelektronik) und SGS-Thomson (elektronische Bauteile), während der Fernsehgeräte-Hersteller Thomson-Multimedia weniger interessant erscheint.

Die seit zehn Jahren betriebene Privatisierungspolitik hat die Unternehmenslandschaft Frankreichs, ihre Kapitalverflechtungen und ihre Machtstrukturen gründlich verändert. Auch die beschriebenen staatlichen Einflußstrategien ändern nichts daran, daß das Ende des tradierten staatsinterventionistischen Wirtschaftsmodelles eingeleitet worden ist. Denn die Privatisierungen haben eine Eigendynamik entfaltet, die sich auf andere Bereiche der Wirtschaft ausweitet und deren Reformbedarf klar zutage fördert. Der Erfolg der Privatisierungspolitik hängt von einer Bewältigung dieser neuen Herausforderungen ab.

Kapitalismus ohne Kapital

Die notorische Eigenkapitalschwäche zahlreicher Unternehmen, traditionelles Problem der französischen Wirtschaft der vergangenen Jahrzehnte, ist im Zuge der Privatisierungen wiederholt deutlich geworden. Nach dem Rückzug des Staates als Kapitaleigner schwankt Frankreich zwischen dem angelsächsischen, von den Kapitalmärkten beherrschten Modell und dem deutschen Modell enger, dauerhafter Kapitalverflechtungen zwischen Banken und Industrie, ohne indes ausreichende Voraussetzungen für die Realisierung eines dieser Modelle vorzuweisen.

Die Bildung stabiler Aktionärskerne sollte die Kapitalstruktur der privatisierten Unternehmen stabilisieren und stärken. Angesichts der geringen Zahl von Unternehmensgruppen, die die notwendigen finanziellen Reserven für nennenswerte Kapitalbeteiligungen aufweisen, stößt man allerdings bei den privatisierten Unternehmen immer wieder auf dieselben institutionellen Anleger. Die Folge ist ein dichtes Netz wechselseitiger Finanzierungsverflechtungen, das aufgrund zahlreicher Überkreuzbeteiligungen und findiger Finanzmontagen die Form eines geschlossenen Kapitalkreislaufes annimmt, dem man zu Recht einen »inzestuösen« Charakter nachgesagt hat. Dabei beruht dieses Machtkartell auf einem nur geringen Kapitaleinsatz. Die stabilen Aktionärskerne umfassen in der Regel eine Vielzahl von Anlegern mit jeweils geringen Kapitalanteilen.¹² Im übrigen gibt es in jüngerer Zeit Anzeichen für die Auflösung mancher derartiger Aktionärskerne.

Ein solcher Kapitalismus ohne Kapital stellt einen empfindlichen Schwach-

Die neuen Konturen des »Kapitalismus à la française«

¹² Bei der Privatisierung von Suez z.B. bildeten 23 institutionelle Anleger mit insgesamt 28% des Kapitals den stabilen Aktionärskern; bei der Société générale waren es 19 Investoren mit insgesamt 25,6%.

punkt der französischen Wirtschaftsstruktur dar. Seine Überwindung erfordert insbesondere umfangreiche Anpassungs- und Restrukturierungsmaßnahmen im Banken- und Versicherungssektor, um dessen notorische Ertrags- und Kapitalschwäche zu beheben. Ferner geht es um die Zukunft des Finanzplatzes Paris, der sich trotz erheblicher Modernisierungs- und Reorganisationsanstrengungen seit 1984 als zu eng für die gestiegenen Finanzierungsbedürfnisse erweist. Nicht zuletzt deshalb sind im Herbst 1996 die Weichen für die Entwicklung privater Rentenfonds gestellt worden. Diese könnten als neue finanzkräftige Kapitalanleger den Finanzmärkten dringend benötigte neue Ressourcen zuführen - allerdings erst in längerfristiger Perspektive.

Corporate government

So ist es nur logisch, daß die Privatisierungsaktionen in zunehmendem Maße auch auf ausländische Investorengruppen angewiesen sind. Die aufgrund der wachsenden Globalisierung der Finanzmärkte gestiegene Konkurrenz um Kapitalanleger führt wiederum dazu, daß manche tradierten Eigenarten der französischen Unternehmensstruktur und -kultur verstärkt in die Schußlinie geraten. Die Kritik gerade der angelsächsischen Anleger richtet sich auf die geschlossenen Kapitalkreisläufe und Machtkartelle zwischen den führenden Unternehmensgruppen, auf die in der französischen Unternehmenspraxis immer noch starke Allmacht der Unternehmensleitung gegenüber den Aktionären, auf fehlende Kontroll- und Sanktionsmechanismen gegenüber der Geschäftsführung und auf die stiefmütterliche Behandlung der Minderheitsaktionäre. Dazu kommt die nach wie vor große Verflechtung zwischen Verwaltungs- und Wirtschaftseliten infolge der gemeinsamen Rekrutierung über die Eliteschulen

(Grandes écoles), was häufig zu einem Primat der Verwaltungs- vor einer wirklichen Unternehmenskultur führt und die Herausbildung einer selbstbewußten unternehmerischen Elite hemmt.

Folgerichtig hat die angelsächsische Corporate-government-Debatte Eingang in Frankreich gefunden. Gegenwärtig werden Überlegungen zur Reform des Unternehmens- und Aktionärsrechts angestellt. Gefragt ist nichts weniger als ein neues unternehmerisches Leitbild. Auch wenn die Widerstände gegen Veränderungen noch groß sind, wird diese Erneuerung der Unternehmens- und Managementkultur auf Dauer nicht aufzuhalten sein.

Die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Hatte das Privatisierungsgesetz von 1993 vor allem die Unternehmen des Wettbewerbssektors betroffen, die öffentlichen Dienstleistungsmonopole dagegen ausgenommen, so weist die gegenwärtige Deregulierungspolitik im Rahmen des europäischen Binnenmarktes in eine andere Richtung. Mit der schrittweisen Öffnung des Telekommunikationssektors, des öffentlichen Transportwesens, der Energieversorgung und der Postdienste für den Wettbewerb wird in vielen Fällen die Begründung für den öffentlichen Charakter der entsprechenden Unternehmen relativiert. Die bevorstehenden Liberalisierungen werden nicht ohne Rückwirkungen auf Status und Struktur der bisherigen Monopolunternehmen bleiben. Weitere mindestens teilweise Privatisierungen sind in diesem Bereich zu erwarten. So ist die Umwandlung des Rechtsstatus von France Télécom in eine Aktiengesellschaft und danach eine Teilprivatisierung von zunächst 15-25% bereits beschlossene Sache. Bei der Post, der Postbank, der SNCF oder bei EDF-GDF sind Änderungen des Status und der Funktionsweise

angesagt, stoßen aber auf zum Teil heftige Widerstände: das Leitbild des *service public* ist ebenso wie der nationalisierte Sektor ein Fundament des französischen Wirtschaftsmodells nach 1945. Demgegenüber versucht die Regierung ein Konzept durchzusetzen, das zwischen dem Prinzip öffentlicher Dienstleistungen (an dem festgehalten wird) und den konkreten Formen ihrer Wahrnehmung (wo Marktöffnung für private Anbieter möglich sein soll) unterscheidet und damit politisch den Weg für eine wettbewerbsorientierte Anpassung freimacht.

Ein neues Leitbild für den Staat

Damit steht nicht zuletzt auch ein neues Rollenverständnis für den Staat auf der Tagesordnung. Der weitgehende Rückzug des Staates als Unternehmer bzw. Aktionär ist nur der sichtbarste Teil der umfassenderen Veränderungen bezüglich der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben. Die Globalisierung der Wirtschaft und die veränderten Anforderungen an ihre Wettbewerbsfähigkeit, die zunehmende Einbindung in europäische Regelwerke wie den Binnenmarkt, aber auch die französische Dezentrali-

sierung seit 1982 üben einen starken Veränderungsdruck aus. Die gerade für Frankreich charakteristische allgegenwärtige Präsenz des Staates mit seinem Lenkungsanspruch und seinen zentralistischen und dirigistischen Interventionsformen gehört der Vergangenheit an. Die Modernisierung von Staat und Verwaltung steht ebenso auf der politischen Tagesordnung wie die Neudefinition der staatlichen Funktionen.

Die Privatisierungspolitik seit 1986 erschöpft sich mithin nicht in einer Verschiebung der Grenzen zwischen Staat und Privatwirtschaft. Sie erfordert, will sie die versprochenen Ergebnisse vorweisen, weiterreichende Veränderungen in Staat, Unternehmen und Gesellschaft. Hier liegt die eigentliche subversive Kraft der mit den Privatisierungen eingeleiteten Dynamik: Gefragt ist eine neue Wirtschaftskultur, die den staatsfixierten, kapitalschwachen französischen Kapitalismus überwindet und den Weg öffnet für eine wirkliche Marktwirtschaft *à la française*.

Abkürzungsverzeichnis

AGF	Assurances générales de France	DCN	Direction des constructions navales
BFCE	Banque française pour le commerce extérieur	EDF-GDF	Electricité de France - Gaz de France
BIMP	Banque industrielle et mobilière privée	GAN	Groupe des assurances nouvelles
BNP	Banque nationale de Paris	RATP	Régie autonome des transports parisiens
BTP	Bâtiments et travaux publics	RVI	Renault véhicules industriels
CCF	Crédit commercial de France	SEITA	Société nationale d'exploitation industrielle des tabacs et allumettes
CCR	Caisse centrale de réassurance	SEP	Société européenne de propulsion
CEA	Commissariat à l'énergie atomique	SFP	Société française de production et de création audio-visuelles
CGE	Compagnie générale de l'électricité	SMC	Société marseillaise de crédit
CGCT	Compagnie générale de constructions téléphoniques	SNCF	Société nationale des chemins de fer
CGM	Compagnie générale maritime	SNECMA	Société nationale d'études et de construction des moteurs d'avions
CIC	Crédit industriel et commercial	SNIAS	Société nationale des industries aéronautiques et spatiales
CNP	Caisse nationale de prévoyance	SNPE	Société nationale des poudres et explosifs
CTR	Compagnie transcontinentale de réassurance	UAP	Union des assurances de Paris
		UIC	Union industrielle de crédit

Aktuelle Publikationen

HANDELN FÜR EUROPA · Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. / Red.: Axel Sauder, Joachim Schild / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Bonn); Institut Français des Relations Internationales (IFRI) - Opladen: Leske und Budrich, 1995. - 388 S.

AGIR POUR L'EUROPE · Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide. / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Bonn); Institut Français des Relations Internationales (IFRI) / Coordination: Hans Stark - Paris u.a.: Masson, 1995. - 371 S.

FRANKREICH-JAHRBUCH 1995 · Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin u.a. Red.: Henrik Uterwedde. / Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg - Opladen: Leske und Budrich, 1996. - 291 S.

NEUMANN, WOLFGANG; UTERWEDDE, HENRIK: Raumordnungspolitik in Frankreich und Deutschland. / Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.). - Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1994. - 146 S.

aktuelle frankreich analysen

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.)

Asperger Straße 34 · D-71634 Ludwigsburg

Telefon (07141) 9303-0 · Telefax (07141) 9303-50 · E-mail: DFI-LB@T-Online.de

Die aktuellen frankreich-analysen erscheinen mehrmals im Jahr / Red. Joachim Schild

Bisher erschienene aktuelle frankreich-analysen:

Nr. 1:

JOACHIM SCHILD/HENRIK UTERWEDDE: FRANKREICH NACH DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN
- Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, Juni 1995. - 10 S.

Nr. 2:

JOACHIM SCHILD: EU '96: EINE REFORM MIT, OHNE ODER GEGEN DIE BEVÖLKERUNG?
- Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, März 1996. - 12 S.

Nr. 3:

WOLFGANG NEUMANN: SOZIALSTAAT IN DER KRISE
- Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, Juli 1996. - 12 S.

Thema der nächsten Ausgabe :

- ROBERT PICHT: Die Reform des Bildungssystems in Frankreich (Dezember 1996)

NÄHERE INFORMATIONEN über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unserer Internet-Homepage unter folgender Adresse:
http://ourworld.compuserve.com/homepages/DFI_LB